

Dokumentation

Firoze Manji

Afrikanisches Erwachen: Der Mut, die Zukunft zu erfinden

Dieser Beitrag findet sich in kürzerer Fassung unter dem Titel „African Awakening: The Courage to Invent the Future“ als Einleitungskapitel in dem Band African Awakening: The Emerging Revolutions (Manji & Ekine 2011). Dieses Buch umfasst Texte, die 2011 auf dem Nachrichtenportal des Autors Pambazuka News erschienen sind. Die vorliegende Übersetzung wurde uns von AfricAvenir zur Verfügung gestellt und erscheint demnächst in dem Band Soziale Bewegungen und afrikanische Renaissance (AfricAvenir International i.E.).

Wir leben heute in einer inspirierenden Zeit, wahrscheinlich die inspirierendste Zeit unserer jüngeren Geschichte. Sie erinnert an die Phase antikolonialer Revolutionen, die dem Zweiten Weltkrieg folgte. Unser Kontinent ist voller Hoffnung, trägt aber auch den Zwilling der Hoffnung in sich: die Verzweiflung. Diese Dualität, die unserem postkolonialen Erbe charakteristisch geblieben ist, zeigte sich wohl am deutlichsten während der Ereignisse im Jahr 1994: Innerhalb weniger Monate wurden wir einerseits Zeugen des Aufstiegs der populären Bewegung, die das Apartheid Regime in Südafrika zu Fall brachte; andererseits sahen wir das Massaker an fast einer Million Menschen in Ruanda. Hoffnung und Verzweiflung bestehen in all unseren Ländern nebeneinander. Doch aufgrund des Ausmaßes der aktuellen Krise des Kapitalismus wird diese Dualität sich in der kommenden Zeit immer stärker polarisieren.

Afrikanisches Erwachen

Wir sind alle ZeugInnen der außergewöhnlichen Ereignisse in Tunesien und Ägypten gewesen, die zum Sturz von Ben Ali und Mubarak führten und denen Volksaufstände im Jemen, in Syrien, Bahrain und anderen Ländern des Nahen Ostens folgten. Medienkonzerne haben diese Ereignisse „Arabischen Frühling“ genannt. Diese Beschreibung ist jedoch nicht adäquat, ignoriert sie doch die sehr viel weiteren Ausdrücke von Unzufriedenheit auf dem gesamten Kontinent. Im Jahr 2011 haben wir bedeutende Aufstände in zahlreichen afrikanischen Ländern erlebt – und wir sollten nicht

vergessen, dass auch Tunesien und Ägypten afrikanische Länder sind. Wo beginnt Afrika eigentlich, und wo endet es? Hat der Bau des Suezkanals die verwobene Geschichte Afrikas mit den Völkern im Osten abgeschnitten? Ist Afrika nur ein geographisches Konzept? Oder sollte es richtigerweise als ein historisches Konstrukt betrachtet werden, ein Raum mit einer gemeinsamen Geschichte, die Jahrtausende vor der kolonialen Eroberung begann?

Die Volkserhebungen des Jahres 2011 beschränkten sich nicht auf die arabische Welt. Es gab ebenso Proteste, Streiks und andere Aktionen in West-Sahara, Simbabwe, Senegal, Gabun, Sudan, Mauretanien, Marokko, Madagaskar, Mosambik, Algerien, Benin, Kamerun, Dschibuti, Elfenbeinküste, Burkina Faso, Botswana, Namibia, Uganda, Kenia, Swasiland, Südafrika und Malawi. Viele dieser Aufstände wurden brutal unterdrückt. Es ist unmöglich, hier alle Beweise des afrikanischen Erwachens aufzulisten. Für eine detaillierte Diskussion der Ereignisse in Afrika während des letzten Jahres verweise ich auf den Band *African Awakening: The Emerging Revolutions* (Manji & Ekine 2011). Einige Beispiele werden aber vielleicht einen Eindruck davon vermitteln, was zusammengenommen Hoffnung für die Zukunft macht und wie diese Zukunft heute gestaltet wird.

In *Südafrika*, das so oft als friedliche Regenbogennation porträtiert wird, hat die Polizei (seit 2005) im Jahresdurchschnitt mehr als 8.000 „Versammlungsvorfälle“ einer aufgebrachten städtischen Bevölkerung registriert – ungeachtet der Demonstrationen und Besetzungen von ShackbewohnerInnen, wie *Abahlali baseMjondolo*, die Bewegung der Landlosen, die Anti-Zwangsvertreibungskampagne (*Anti Eviction Campaign*) etc. In den urbanen Zentren des *Senegal* gab es während der letzten Monate [2011] eine Reihe von Demonstrationen gegen den Versuch der Regierung, das Wahlsystem so zu ändern, dass der amtierende Präsident Wade mit nur 25 Prozent der Stimmen gewinnen und seinen Sohn als Nachfolger einsetzen könnte. Die Mobilisierung des Volkes führte schließlich zur Rücknahme des Gesetzes durch die Regierung. *Gabun* erlebte einen Volksaufstand gegen das Regime des seit 2009 regierenden Ali Bongo Ondimba, Sohn des langjährigen Diktators Omar Bongo. Tausende von OppositionsunterstützerInnen gingen am 29. Januar [2011] in der Hauptstadt Libreville auf die Straße und sahen sich mit den gewaltsam handelnden Truppen Ali Bongos konfrontiert. Die Proteste breiteten sich auch auf andere Städte aus und wurden zunehmend brutaler niedergeschlagen. Proteste am 5. und 8. Februar wurden mit Tränengas unterdrückt.

Im Februar 2011 gerieten protestierende HafentarbeiterInnen in der *mauretanischen* Hauptstadt Nouakchott mit der Polizei aneinander. Viele ArbeiterInnen wurden verwundet, etliche getötet. *Madagaskar* erlebt seit

2009 massive Aufstände gegen die Regierung und die Proteste setzen sich bis heute fort. 2011 organisierten StudentInnen Streiks und Demonstrationen mit massenhafter Beteiligung an zahlreichen Universitäten und Graswurzel-Organisationen protestierten gegen Landraub. Als die tunesische Revolution Anfang Januar in ihre dritte Woche ging, revoltierte die Jugend in den Straßen *algerischer* Städte gegen Exklusion und forderte soziale Gerechtigkeit. Die gewalttätigen Unruhen in über 20 Provinzen führten zu fünf Toten, mehreren hundert Verletzten und über tausend Festnahmen. Im Februar fanden in *Benin* Massenproteste statt, durch die ein Aufschub der für den 27. Februar [2011] geplanten Wahlen erwirkt werden sollte, weil 1,4 Millionen WählerInnen nicht auf der Wählerliste standen. Das Verfassungsgericht entschied im Sinne der Opposition – gestärkt durch die Masse an Protestierenden – und verschob die Präsidentschaftswahlen um eine Woche auf den 13. März, um die Wählerregistrierung zu ermöglichen. In *Dschibuti* wurden im Februar Massenproteste, die sich gegen Präsident Ismail Omar Guelleh richteten, brutal niedergeschlagen.

In *Burkina Faso* wurden am 21. Februar 2011, einen Tag nachdem der junge Justin Zongo an den Folgen polizeilicher Folter starb, zwei Menschen bei Demonstrationen in Koudougou getötet. Die Regierung versuchte, den Mord zu vertuschen und gab Meningitis als Todesursache an. Daraufhin verstärkten sich die Demonstrationen, wurden aber brutal niedergeschlagen und kosteten zwei weitere Jugendliche, die Gerechtigkeit gefordert hatten, das Leben. Seitdem ist das burkinische Volk zu mehreren Anlässen auf die Straße gegangen. Das Regime schloss einen Monat lang alle Schulen und verhaftete OppositionsführerInnen der Union für Widerstand/Sankaristische Partei (UNITE/PS) in Kaya am 11. März 2011. In *Botswana* wurden die Schulen im Mai 2011 geschlossen, als Reaktion auf Streiks der öffentlichen Verwaltung für Lohnerhöhungen und die Wiedereinstellung entlassener MitarbeiterInnen. Der südafrikanische gewerkschaftliche Dachverband (COSATU) erklärte seine Solidarität. In *Uganda* wurde die Kampagne „Walk to Work“ im August unterdrückt, führte aber dennoch zur Freilassung des inhaftierten Oppositionsführers Kizza Besigye. Seiner erneuten Verhaftung folgte ein erneuter Protest der „Walk to Work“-Kampagne im Oktober.

In *Kenia* organisierten soziale Bewegungen der Entrechteten im Juni 2011 Proteste gegen steigende Lebensmittelpreise unter dem Banner der „Unga Revolution“. In *Swasiland* protestierten Tausende gegen die Monarchie mittels einer Reihe von Massendemonstrationen im September 2011 und der Androhung eines Generalstreiks – Aktionen, die auch die Unterstützung der COSATU fanden. *Malawi*, das von Hilfsorganisationen als Erfolgsmodell gepriesen wird, wurde im Juni 2011 Schauplatz einer ganzen Reihe an

Demonstrationen, die durch Gewalt und Unterdrückung der Meinungsfreiheit in den Medien beantwortet wurden. 2011 war auch *Sambia* Schauplatz einer Serie öffentlicher Streiks. Das ganze Jahr über protestierten ArbeiterInnen und andere VertreterInnen der Gesellschaft gegen sinkende Lebensstandards. Bereits 2010 führten Massenproteste gegen steigende Lebensmittelpreise in *Mosambik* zu Zugeständnissen der Regierung und kurzfristigen Subventionen des öffentlichen Sektors. Weitere Proteste im April 2011 wurden mit Gewalt niedergeschlagen. Da Lebensmittelsubventionen und andere Dienste weiterhin gekürzt werden, sind erneute Proteste zu erwarten.

Einige dieser Aufstände haben vielleicht (noch) nicht das gleiche Ausmaß wie jene in Nordafrika, und jeder einzelne hat seine eigenen Ursachen. Doch trotz der Besonderheiten jedes einzelnen Protests können sie zusammen genommen mit Recht als eine kumulative Antwort auf eine gemeinsame Erfahrung der letzten 30 Jahre interpretiert werden. Tatsächlich haben sie viel gemeinsam mit den Ereignissen, die sich 2011 in Wisconsin (USA), Spanien, Griechenland und Italien ereigneten (in Italien bescherten 95 Prozent der Bevölkerung der Regierung eine deutliche Niederlage in einem Referendum, welches Wasser privatisieren, Straffreiheit von PolitikerInnen ausweiten und die Nutzung von Atomkraft ausbauen sollte). Diese Massenmobilisierungen entwickelten sich weiter mit der Besetzung der Wall Street durch junge Menschen, die den kritischen Slogan prägten, dass 99 Prozent der Menschheit leiden müssten, während ein Prozent sich bereichert und auf Kosten der Mehrheit lebt. Bis zur Endredaktion dieses Artikels fanden in mehr als 900 Städten in 87 Ländern ähnliche Mobilisierungen statt.

Die Veränderungen im politischen und sozialen Klima in Afrika sind nicht nur auf die großen, offenkundigen Protestbewegungen begrenzt. Über die letzten zehn Jahre ist eine beträchtliche Zunahme bzw. Rückkehr sozialer Bewegungen in zahlreichen Ländern zu verzeichnen, die einen Rahmen bieten, in dem die Entrechteten begonnen haben, ihre Würde zurückzuerobern, und ihre Entschlossenheit – wenn auch oft implizit – zeigen, ihr Schicksal in die eigene Hand zu nehmen und ihr Recht auf Selbstbestimmung einzufordern. Das Aufkommen und die Aktivitäten von Bewegungen wie *Bunge La Mwananchi*, *Bunge Sisters* und der *Unga Revolution* in Kenia, *Abahlali baseMjondolo*, der Kampagne gegen Umsiedlungen, der Bewegung landloser Menschen in Südafrika, der Bewegung gegen Wasserprivatisierung, die zunehmende Militanz der LGBTI-Bewegung¹, die wachsenden Frauenbewegungen, die Bildung von Allianzen unter Bauernorganisationen, die zunehmenden Forderungen der Gewerkschaften – all dies sind Ausdrücke einer unterschwelligten Stimmung der Unzufriedenheit und

1 LGBTI – Lesbian, Gay, Bi-Sexual, Transgender, Intersex Community.

der Ernüchterung bezüglich der politischen und sozialen Ordnung. Heute bestimmt die wachsende Dynamik dieser Bewegungen, die für Veränderung eintreten, die soziale und politische Szene des Kontinents. Demnach sind wir nicht so sehr ZeugInnen eines Arabischen Frühlings als vielmehr eines *Afrikanischen Erwachens*.

Was hat das Erwachen herbeigeführt?

Konventionelle Weisheiten – oder besser gesagt Medienunternehmen – erklären, dass die Aufstände von einer wachsenden Mittelklasse herrühren würden, mit zunehmenden Erwartungen und Ansprüchen an individuelle Freiheit, Mobilität, Geld, private Gesundheit und Bildung, Luxuswaren, Autos etc. Was die Unzufriedenheit mit autokratischen Regimes anfeuert, sei die Sehnsucht der Mittelklasse nach Zugang zu freien Märkten und die Frustration über ihre Regierungen, die sie nicht am Gewinn teilhaben lassen. Diese Behauptungen werden untermauert von der Afrikanischen Entwicklungsbank und der Weltbank, die erklären, Afrika habe eine erstarkende Mittelklasse: Offenbar gehört heute jedeR dritte AfrikanerIn zur Mittelklasse, basierend auf der lächerlichen und lachhaften Definition, zu dieser Klasse gehörten all jene mit einem Einkommen von 2-20 US\$ pro Tag; eine Gruppe zu der eine große Anzahl von Menschen zählt, die von jeder vernünftigen Perspektive aus als arm eingestuft würden, vor allem wenn man die hohen Preise von Gebrauchsgütern in den meisten afrikanischen Städten in Betracht zieht. Praktischerweise vergessen werden dabei natürlich die 61 Prozent AfrikanerInnen, die unterhalb des Satzes von zwei US\$ pro Tag in tiefer Armut leben (Bond 2011).

Die Massenaufstände und Proteste, die überall auf dem Kontinent und im Nahen Osten losbrachen, ebenso wie jene in Wisconsin, Ohio, Frankreich, Spanien, Italien und die unterschwellige Unzufriedenheit, die sich in den Protesten sozialer Bewegungen manifestiert, haben eine gemeinsame Triebkraft. Was man auch sagen mag über die Defizite afrikanischer Regierungen in der Zeit seit der Unabhängigkeit – der ersten oder zweiten Welle –, was auch immer wir vielleicht von den Mängeln ihrer sozialen und politischen Programme halten mögen, was wir auch über die undemokratische Natur der etablierten Regime denken – wir müssen ihre herausragenden Errungenschaften anerkennen, die in einer relativ kurzen Zeit nach der Unabhängigkeit erreicht wurden. Mit der Etablierung des Rechts auf Gesundheitsversorgung, auf Bildung und Sozialhilfe, der Entwicklung und Expansion von Transport und Kommunikation sowie der Einrichtung von Getreideabsatzmärkten und Genossenschaften kam es innerhalb von weniger als zwei Jahrzehnten zu

einer drastischen Erhöhung der Lebenserwartung, zu einem dramatischen Rückgang der Kinder- und Müttersterblichkeit und vieler anderer Parameter sozialen Fortschritts. Alle diese Errungenschaften waren das Resultat harter Unabhängigkeitskämpfe, in denen viele ihr Leben ließen und viel Blut vergossen wurde. Die Unabhängigkeitsregierungen hatten in der Tat so etwas wie einen sozialen Vertrag mit den Massenbewegungen geschlossen, die ihnen zur Macht verholfen hatten. Und in gewissem Maße versuchten sie auch im Rahmen von Modernisierungsprojekten ihren Versprechen gerecht zu werden, wenn auch auf ungleiche Weise (Manji 1998).

Doch während der letzten 30 Jahre haben die Länder des globalen Südens, insbesondere in Afrika, die systematische Umkehr der Errungenschaften der Unabhängigkeit erleben müssen. Diese Umkehr erfolgte im Kontext einer ganzen Reihe von Weltereignissen: die dramatische, weltweite Rezession der 1970er Jahre; die Niederlage der USA in Vietnam; die Abkoppelung des US-Dollars vom Goldstandard und damit einhergehende Schwankungen von Währungen; die Gründung der OPEC, die es den ölproduzierenden Staaten erlaubte, die Ölpreise zu kontrollieren und die daraus resultierende Flut von Kapital, das neue Wege des Profits suchte; die Schuldenkrise von Ländern des globalen Südens, deren Währungen entwertet wurden; und schließlich die Etablierung der Hegemonie der Neuen Rechten und ihrer neoliberalen Politik unter der Führung von Margaret Thatcher in Großbritannien und Ronald Reagan in den USA in den 1980er Jahren.

Fast ausnahmslos wurden unter dem Druck internationaler Finanzinstitutionen die gleichen sozialen und ökonomischen Programme auf dem ganzen afrikanischen Kontinent implementiert – die sogenannten Strukturanpassungsprogramme, später umbenannt in Strategieprogramme der Armutsminderung – dienten alle dazu, sicherzustellen, dass afrikanische Länder weiterhin ihre stetig wachsenden Schulden bedienten. Die Gläubiger nutzten jedoch auch die Schuldenkrise, um die afrikanischen Märkte zu erschließen und durch deren exzessive und ungezügelte Privatisierung und Liberalisierung neue Wege der Kapitalexpansion zu ermöglichen. Der Staat wurde für ineffizient erklärt – trotz seiner bemerkenswerten Errungenschaften in der kurzen Zeit seit der Unabhängigkeit – und Institutionen des öffentlichen Diensts wurden zunächst heruntergewirtschaftet, um dann für einen Spottpreis an Oligopole verkauft zu werden. Dem Staat wurde verboten, die lokale landwirtschaftliche Produktion zu subventionieren und in soziale Infrastruktur zu investieren. Es gab Verbote der Kapitalinvestition in den Bereichen von Gesundheit, Bildung, Transport und Telekommunikation, bis schließlich alle öffentlichen Güter vom privaten Sektor (sprich von den Oligopolen) übernommen waren. Zollbarrieren für Güter der

fortgeschrittenen kapitalistischen Länder wurden aufgehoben, der Zugang zu natürlichen Ressourcen für die groß angelegte Plünderung geöffnet, das Steuersystem gelockert, und „Sonderwirtschaftszonen“ wurden eingerichtet, um die direkte Ausbeutung von Arbeit ohne staatliche oder gewerkschaftliche Regulierung zu ermöglichen. Mit der Zeit wurde die Privatisierung auch auf die Landwirtschaft, die Lebensmittelproduktion und -verteilung sowie die Land- und Bodennutzung ausgedehnt (Manji 1998; Manji u.a. 2011).

Landlosigkeit, Arbeitslosigkeit, Zunahme der Kinder- und Müttersterblichkeit, Niedergang der Lebenserwartung und Verarmung in einem nie dagewesenen Ausmaß wurden zum Los der Mehrheit der BürgerInnen, während eine Minderheit sich durch ihre Kontrolle des Staates und ihre Allianzen mit internationalen Unternehmen unverhältnismäßig bereicherte (Manji 1998). Länder, deren Bevölkerung noch vor kaum zwei Jahrzehnten zu 80 Prozent auf dem Land gelebt hatte, wurden grundlegend umgestaltet. UN-Habitat schätzt heute, dass etwa 50 Prozent dieser Bevölkerungen ohne das Recht auf einen Wohnsitz, einen Pachtvertrag oder irgendeine andere Form der Absicherung in Slums am Stadtrand leben. Die Deregulierung aller Beschränkungen auf das Kapital war das damalige Mantra, gerechtfertigt als Voraussetzung für die Akquise ausländischer Investitionen, was angeblich zu „Entwicklung“ führen sollte (Habitat 2010). Unmittelbar führte dies dazu, dass die Rolle des Staates stark eingeschränkt wurde. Er konnte nur noch einen verschwindend geringen Einfluss im wirtschaftlichen Bereich ausüben und verlor nahezu jegliche Autorität oder Ressourcen zur Entwicklung einer sozialen Infrastruktur. Damit bestand die Hauptaufgabe des Staates in der Sicherung eines „förderlichen Umfelds“ für internationales Kapital und der Überwachung des endlosen Schuldendienstes an internationale Finanzinstitutionen (Amin 2010a). Aber die schwerwiegendste Folge dieser Politik war nicht die Umkehr der vielen Errungenschaften der Unabhängigkeit, sondern die Erosion der Möglichkeiten für die BürgerInnen, ihr eigenes Schicksal zu bestimmen. Die Selbstbestimmung, die so ein mächtiger Motor der Mobilisierung in den anti-kolonialen Bewegungen war, wurde Stück für Stück erstickt. Die Wirtschaftspolitik wurde nicht länger von den BürgerInnen und ihren RepräsentantInnen in der Regierung bestimmt, sondern von TechnokratInnen der internationalen Finanzinstitutionen wie der Weltbank mit tatkräftiger Unterstützung der internationalen Hilfsorganisationen. Als der Staat gezwungen war, sein Angebot an sozialen Diensten aufzugeben, wurde dieser Raum sehr schnell von entwicklungspolitischen Nichtregierungsorganisationen (NGOs) eingenommen. Was BürgerInnen einst dank der Errungenschaften der Unabhängigkeit vom Staat erwarten und einfordern konnten, wurde ersetzt durch Wohltätigkeit von Agenturen, die wiederum

von internationalen Hilfsorganisationen abhängig waren, deren Richtlinien zunehmend an den Vorgaben internationaler Finanzinstitutionen ausgerichtet wurden (Manji & O’Coill 2002).

Dies war auch eine Zeit weitreichender Unterdrückung. Eine politische Opposition wurde in den meisten Ländern abgeschreckt oder unterdrückt. RegierungsgegnerInnen wurden eingesperrt oder verschwanden. Wo es fortschrittliche Entwicklungen gab – wie in Burkina Faso unter Thomas Sankara – wurden Morde, die Unterstützung von Militärputschen und die ökonomische Isolation als Instrumente eingesetzt, um die BürgerInnen davon abzuhalten, Alternativen zu den krassen Vorgaben des Neoliberalismus zu entwickeln. Mit dem Fall der Berliner Mauer und des stalinistischen „Sozialismus“ in der Sowjetunion und in Osteuropa Ende der 1980er Jahre brach schließlich auch die Glaubwürdigkeit von Alternativen zur kapitalistischen Ideologie weg. Thatchers berühmte TINA-Erklärung („There Is No Alternative“ – „Es gibt keine Alternative“) wurde Wirklichkeit.

Als Konsequenz der neoliberalen Politik wurden die BürgerInnen mit der Zeit in KonsumentInnen verwandelt. Wer über die nötigen Ressourcen verfügte, konnte sich aussuchen, welche Dienste, Bildung und Gesundheitsversorgung er oder sie in Anspruch nahm. Aber diejenigen, die nicht die Mittel hatten an der Konsumgesellschaft teilzuhaben – die Bettelarmen, die Landlosen, die Erwerbslosen, die dauerhaft Arbeitslosen – die nicht konsumieren konnten, wurden zu Entrechteten und jene, die Arbeit fanden, waren gezwungen, schlechte Arbeitsbedingungen und niedrige Löhne zu akzeptieren. Versuche, Proteste zu organisieren, wurden entmutigt durch das Wissen um das Heer von Arbeitsuchenden vor der Tür, die sich hungrig auf jeden Job stürzten, den ein anderer aufgab.

Das Ausmaß der Plünderung, das durch die neoliberale Politik möglich wurde, ist gut dokumentiert. Jedes Jahr fließen Zahlungen in Höhe von 340 Milliarden US\$ aus den sogenannten Drittweltländern in den Norden, um einen Schuldenberg von 2,2 Billionen US\$ zu tilgen. Das entspricht der fünffachen Höhe des Entwicklungshilfe-Budgets der G8 (Dembele 2005). Besonders von diesem Abfluss ihres Nationalvermögens nach Übersee betroffen sind die BürgerInnen der Demokratischen Republik Kongo, Nigerias, der Côte d’Ivoire, Angolas und Sambias, die seit Anfang der 1970er Jahre mehr als 10 Milliarden US\$ pro Jahr abführen. Der in Brüssel lebende Schulden-Aktivist Eric Toussaint fasst das so zusammen: „Seit 1980 wurden 4,6 Billionen US\$, das sind über 50 Marshall-Pläne, von den Menschen der Peripherie ins Zentrum überwiesen.“ (Bond 2005).

Nachforschungen des *Tax Justice Network* (TJN) haben ergeben, dass ein erschütternder Betrag von 11,5 Billionen US\$ von reichen Einzelpersonen

auf die Seite geschafft und in Steuerparadiesen angelegt wurde, geschützt vor dem Zugriff der Regierungen. „Ca. 30 Prozent des subsaharischen Bruttozialproduktes wird ins Ausland überwiesen“, schreibt John Christensen (2006) vom TJN. „Mehrere Studien zeigen, dass diese Höhe der Kapitalflucht bedeutet, dass Afrika – ein Kontinent, von dem immer wieder gesagt wird, er sei hoffnungslos verschuldet – eigentlich der indirekte Kreditgeber für den Rest der Welt ist.“ (Christensen 2006) Das Finanzkapital und die Unternehmen tun alles, um ihren Reichtum in fremden Steuerparadiesen zu verstecken. Ein UNDP-Bericht über illegale Vermögen schätzt, dass illegale Kapitalflüsse von den am wenigsten entwickelten Ländern zwischen 1990 und 2008 von 7,9 Milliarden auf 20,2 Milliarden US\$ gestiegen sind. Die zehn größten Exporteure von illegalem Vermögen verantworten 63 Prozent des gesamten Geldabflusses aus den am wenigsten entwickelten Ländern, die 20 größten fast 83 Prozent (UNDP 2011).

Aber es ist nicht nur der illegale Transfer von Vermögen, der den Süden um seinen Reichtum bringt, es sind auch die Mechanismen der sogenannten Entwicklungshilfe selbst. In einer Analyse über den Fluss von Hilfsgeldern zeigte Charles Abugre (2010), dass die angebliche Zunahme der Entwicklungshilfegelder zwischen 2002 und 2007 zu großen Teilen auf den Erlass der Schulden des besetzten Irak und des Öl produzierenden Nigeria zurückzuführen war. Wenn Schulden Teil der Berechnung von Hilfsleistungen sind, argumentierte Abugre, dann müssen Netto-Hilfsleistungen auch abzüglich der Schuldentilgungsraten der Empfängerländer berechnet werden. Aufgrund von Daten des Internationalen Währungsfonds zeigte Abugre, dass innerhalb derselben fünf Jahre der Nettofluss von Hilfsleistungen vom Norden in den Süden eigentlich negativ war. Das heißt, tatsächlich flossen Netto-Hilfsleistungen in Höhe von 2,775 Milliarden US\$ vom Süden in den Norden, eine Summe, die 28 Marshall Plänen innerhalb von fünf Jahren entspricht.

Die Literatur über die Gründe der Verarmung Afrikas ist voll von Behauptungen, welche die weit verbreitete Korruption als Ursache für die Armut anprangern. Doch Korruption ist nicht die Ursache, sondern vielmehr die Konsequenz einer neoliberalen Ideologie, die finanzielle Anreize als notwendig ansieht, um Menschen für ihre Ziele zu motivieren. Solche Anreize stellen sicher, dass dem Finanzkapital und den Oligopolen die nötige Infrastruktur garantiert wird, und helfen gleichzeitig, eine lokale Klasse zu nähren, die permanent zur Kollaboration motiviert werden will. Korruption ist daher in Zeiten der Globalisierung ein fundamentales Strukturelement des Kapitalismus im globalen Süden.

Viele kritisieren die Strukturanpassungsprogramme und ihre Nachfolger als Produkt schlechter Politik – neoliberale Politik, die als dogmatisch und

als Ausdruck von Marktfundamentalismus bezeichnet wird. Wie aber Prabhat Patnaik kürzlich argumentierte, sind die Strategien, auf denen internationale Finanzinstitutionen weiterhin bestehen, das Resultat des Strukturbedarfs des Finanzkapitalismus in unserer Zeit; ein Prozess, der bereits in den 1970ern begann und heute alle Bereiche der globalen Ökonomie dominiert (Patnaik 2011). Samir Amin (2010b) zufolge gibt es heute etwa 500-700 Oligopole, die beinahe jeden Aspekt unseres Lebens kontrollieren, sei es die Kleidung, die wir tragen, der Transport, die Kommunikation, die Landwirtschaft, die Industrie, der Abbau von Ressourcen oder anderes. Es lohnt sich, Patnaik hier ausführlich zu zitieren, denn er fasst prägnant die strukturelle Natur der Bedürfnisse des Finanzkapitals zusammen, die ganz besondere wirtschaftliche Bedingungen verlangen. In unserem Zeitalter, argumentiert er:

„[Das] Finanzkapital [ist] international geworden, während der Staat ein Nationalstaat bleibt. Der Nationalstaat muss sich daher den Wünschen der Finanzwelt beugen, denn sonst werden die Finanzen [...] dieses bestimmte Land verlassen und sich anderswo hinbewegen, wodurch der jeweilige Staat zahlungsunfähig und seine Wirtschaft zerstört würde.“ (Patnaik 2011)

Der Prozess der Globalisierung des Finanzwesens unterminiert damit die Autonomie des Nationalstaates. Der Staat kann nicht tun, was er will oder wofür seine Regierung gewählt wurde, es zu tun; denn er muss tun, was die Finanzen von ihm fordern. Es ist die Natur des Finanzkapitals, sich jeder staatlichen Intervention zu widersetzen, wenn diese nicht seinen eigenen Interessen dient. Es will keinen aktiven Staat, wenn es um die Förderung von Arbeitsplätzen, die Bereitstellung von Sozialhilfe oder den Schutz kleiner ProduzentInnen geht; stattdessen möchte es, dass der Staat ausschließlich in seinem Interesse handelt. Das Finanzkapital hat daher die Natur des Staates verändert, von einer klassenübergreifenden Einheit, die über der Gesellschaft steht, im Sinne des Gemeinwohls handelt und in die Wirtschaft eingreift, zu einer Einheit, die sich fast ausschließlich für die Interessen des Finanzkapitals einsetzt. Um diese Veränderung, die im Zeitalter der Globalisierung und unter dem Druck des Finanzkapitals vonstattengeht, zu rechtfertigen, werden die Interessen des Finanzmarktes zunehmend gleichgesetzt mit den Interessen der Gesellschaft. Wenn es der Börse gut geht, geht es der Wirtschaft vermeintlich auch gut, ungeachtet von Hunger, Unterernährung und Armut. Wenn ein Land von den Kredit-Rating-Agenturen eine gute Note bekommt, dann ist das ein Grund für Nationalstolz, ganz egal, wie schlecht es der Bevölkerung geht.

„Da der Nationalstaat, wenn er eine Handelsliberalisierung anstrebt, die Steuerpflicht einschränken muss und deshalb auch die Verbrauchssteuern absenkt (damit ausländische Investoren nicht abgeschreckt werden) und weiterhin im Interesse der ‘Kapitalakkumulation’ die Umsatzsteuer von Unternehmen niedrig hält [...], führt die Begrenzung des Steuerdefizits wiederum dazu, dass der Staat immer weniger ausgeben kann. Und das schafft das Setting zur Privatisierung, nicht nur von staatlichen Gütern für einen Spottpreis, sondern auch von Sozialdiensten und übergeordneten Dienstleistungen wie Bildung und Gesundheit. All das wird gewöhnlich als ‘Rückzug des Staates’ bezeichnet. In der Debatte geht es vornehmlich um den Gegensatz zwischen ‘Staat’ und ‘Markt’. Nichts könnte irreführender sein. Im Neoliberalismus zieht sich der Staat nicht zurück; er ist ebenso stark oder gar noch stärker wirtschaftspolitisch involviert als zuvor, doch sein Eingreifen ist jetzt ein anderes, nämlich exklusiv im Interesse des Finanzkapitals.“ (Patnaik 2011)

Auf dem gesamten Kontinent ist ein Prozess massiver Enteignung im Gange: Enteignung von Land durch Landraub, Enteignung des Wertes unserer Löhne, Enteignung unserer Kapazitäten zu bestimmen, was wir wollen, im Gegensatz zu dem, was das internationale Finanzkapital will. Am Beispiel des Landraubs, das überall auf dem Kontinent um sich greift, lässt sich das Ausmaß dessen verdeutlichen, was zurzeit geschieht: Kürzlich vorgelegten Berichten des *Oakland Institute* zufolge hat der Landraub in der Größenordnung die Fläche Frankreichs bereits überschritten. Tausende Familien wurden vertrieben, zugunsten von kilometerlangen Bewässerungskanälen, die ohne Rücksicht auf Umweltfolgen gebaut werden und die den Anbau von *cash crops* ermöglichen sollen, was die Nahrungsmittelsicherheit in Afrika unterminiert. Durchgeführt wird dies ohne oder mit nur geringer Absprache mit denen, die es direkt betrifft und ohne Rechenschaftspflicht oder Transparenz (Oakland Institut 2011). Die vielleicht schwerwiegendste Enteignung, mit der wir konfrontiert sind, ist jedoch die politische Enteignung. Unsere Regierungen sind heute stärker rechenschaftspflichtig gegenüber den internationalen Finanzinstitutionen, gegenüber den multinationalen Unternehmen, die ohne Einschränkung unsere Reichtümer ausbeuten, und gegenüber den internationalen Hilfsinstitutionen, die Organe wie den IWF finanzieren, als gegenüber den eigenen BürgerInnen. In diesem Sinne gleichen unsere Länder mehr und mehr besetzten Territorien als Demokratien. Dieser Prozess der Enteignung ist die eigentliche und tiefere Ursache hinter dem Aufbegehren der BürgerInnen in Tunesien und Ägypten. In beiden Fällen war es nicht nur die repressive Natur der Regime von Ben Ali und Mubarak, sondern auch die über Jahrzehnte gesammelten Erfahrungen der Verelendung und Verarmung der großen Mehrheit, während einige wenige sich bereicherten.

Als Ben Ali und Mubarak von Bürgeraufständen aus dem Amt gejagt wurden, gab es eine sofortige Resonanz auf dem ganzen Kontinent. Während die Medien versuchten, diese Reaktionen als Zeichen für eine Art ansteckende Krankheit darzustellen, waren es in Wirklichkeit die Enteigneten auf dem ganzen Kontinent und darüber hinaus, die in der Wut und den Forderungen der TunesierInnen und ÄgypterInnen ihre eigene Forderungen nach Würde und ihren eigenen Wunsch, ihren Sehnsüchten nachzugehen, wiedererkannten. Sie erkannten sofort die gemeinsame Erfahrung von Jahrzehnten des Neoliberalismus, der sie arm gemacht hatte. Es war keine Überraschung, dass auch in Spanien, Bahrain, Syrien, Jemen und den Vereinigten Staaten von Amerika der Ruf nach einem eigenen „Tahrir-Platz“ auf den Lippen aller AktivistInnen lag.

Die Gewinne zurückfahren

Wie antwortete das „Empire“ auf die Aufstände?

Der Sturz von Ben Ali in Tunesien und Hosni Mubarak in Ägypten war für die imperialen Regierungen, die diese Regime finanziell, ökonomisch, politisch, und militärisch unterstützt hatten, eine Überraschung. Große Medienunternehmen stellten die Aufstände als plötzlich, unerwartet und spontan dar, obwohl es in beiden Ländern deutliche Hinweise dafür gab, dass die Demonstrationen letztendlich das Resultat jahrelanger Versuche waren, Proteste zu organisieren, die jedoch immer wieder brutal unterdrückt worden waren. Man versuchte auch, die Mobilisierung *facebook* und *twitter* zuzuschreiben, um so den Verdienst der Menschen zu verwässern, und verschwieg dabei der Einfachheit halber, dass in Ägypten die größten Mobilisierungen erst nach Abschaltung von Internet und Mobiltelefonnetzen stattfanden.

Die imperiale Antwort auf die Aufstände ist im Wesentlichen die Etablierung von Ben Ali-ismus ohne Ben Ali in Tunesien und Mubarak-ismus ohne Mubarak in Ägypten. Es ist sehr lehrreich, die tiefgreifende Heuchelei der USA und Europas zu betrachten: In Ägypten hatten sie Mubarak zur Bastion gegen den Islamismus in Form der Muslimbruderschaft erklärt. Wie Samir Amin (2011) erläutert, umfasste der Mubarak-ismus die Familie Mubarak, das Militär, das wichtige Sektoren der Wirtschaft kontrolliert, und die Muslimbruderschaft, die seit den Tagen von Anwar as-Sadat eine wichtige Rolle in Medien und Bildung einnahm. Mit dem Sturz von Mubarak ist es nicht verwunderlich, dass die USA auf eine Regierung drängen, welche die verbleibenden Elemente des Mubarak-ismus beinhaltet: das Militär und die Muslimbruderschaft. Noch lehrreicher aber sind die ökonomischen Strategien, die jetzt vom IWF und der Weltbank verfolgt werden: Privatisierung

von Gemeingütern, Öffnung der Wirtschaft gegenüber transnationalen Unternehmen, Einschränkung der Sozialausgaben – kurz, die gleichen abgenutzten Strategien, welche die Krise überhaupt erst hervorgerufen hatten. Obwohl das „Empire“ alles versucht, die Massenbewegungen in Tunesien und Ägypten im Zaum zu halten, steht keineswegs fest, dass die erreichten Veränderungen erfolgreich rückgängig gemacht werden können. Zwar hat das Militär ohne Zweifel versucht, AktivistInnen einzuschüchtern, zu verhaften und zu foltern, während die USA versuchen, Druck auszuüben, damit ein folgsames Regime etabliert wird, welches sowohl die Interessen der Oligopole als natürlich auch die Interessen des zionistischen Staates Israel wahrt. Was wir in Tunesien und Ägypten erlebt haben, ist nur der erste Akt, Szene 1 eines langen Kampfes, der möglicherweise viele Jahrzehnte brauchen wird, um zu einem verändernden Abschluss zu kommen. Revolutionen passieren nicht über Nacht. Sie sind das Produkt von langen Kämpfen über Jahrzehnte hinweg und sind charakterisiert von Auf- und Abschwüngen. Niemand kann das Ergebnis solch langer Kämpfe voraussagen, und vieles wird von den politischen Programmen der progressiven Mächte innerhalb der Massenbewegungen abhängen, deren Durchsetzungskraft und ihren Erfolgen bei der Selbstorganisation.

Regimewechsel und Militärinterventionen unter dem Deckmantel des Humanitarismus

Wenn die Ereignisse in Tunesien und Ägypten Hoffnung wecken, dann rufen Libyen, Côte d'Ivoire und Somalia im Gegenteil vor allem Verzweiflung hervor. Was in Libyen vielleicht als Volksprotest begann, inspiriert von den Ereignissen in den Nachbarländern, wurde bald von den Splittergruppen innerhalb des Gaddafi-Regimes instrumentalisiert. Alles deutet darauf hin, dass die Rebellion in Libyen bereits lange, bevor es zu spontanen Demonstrationen kam, genährt, bewaffnet und orchestriert wurde, mit dem lang gehegten Plan des Regimewechsels. Wie Conn Hallinan (2011) erläutert, scheint der libysche Krieg nahezu direkt dem Reißbrett der *Heritage Foundation* entsprungen, nachzulesen in einem Dokument, das bereits 2003 geschrieben wurde. Die *New York Times* (2011) berichtete, dass die CIA, britische Sondereinsatzkommandos und MI6-Mitarbeiter mindestens seit Mitte Februar in Libyen aktiv waren. Ismael Hossein-Zadeh (2011) stellt die These auf, dass Gaddafi viel gemeinsam hat mit Volksführern wie Hugo Chavez in Venezuela, Fidel Castro in Kuba, Evo Morales in Bolivien, Salvador Allende in Chile und Jean-Bertrand Aristide in Haiti. Gaddafi hat sich des Ungehorsams gegenüber dem sprichwörtlichen Paten

der Welt schuldig gemacht: dem US-Imperialismus und seinen Verbündeten. Wie diese [o.g. Führungspersönlichkeiten] hat er die Kardinalssünde begangen, die grenzenlose Regentschaft des globalen Kapitals in Frage zu stellen, nicht den ökonomischen „Richtlinien“ der Regenten der globalen Finanzwelt – beispielsweise des Internationalen Währungsfonds, der Weltbank und der Welthandelsorganisation – zu folgen und es abzulehnen, sich US-Militärallianzen in der Region anzuschließen. Wie andere nationalistische Volksführer setzte er sich für Programme der sozialen Sicherheit bzw. des Sozialstaates ein – nicht für große Unternehmen, wie es bei den imperialistischen Ländern der Fall ist, sondern tatsächlich für die Menschen (Hossein-Zadeh 2011).

Die Invasion Libyens wurde als humanitäre Intervention dargestellt², mit dem Ziel, die Zivilbevölkerung vor der Bedrohung bewaffneter Attacken von Gaddafis Regime zu schützen. Auf der Grundlage einer großen Anzahl falscher Behauptungen, ähnlich wie die Behauptung der „Massenvernichtungswaffen“ als Rechtfertigung der Invasion des Irak, autorisierte die UN eine US/NATO-Intervention. Doch in einem offensichtlichen Verstoß gegen die Resolution 1973 wurde die Zivilbevölkerung massiv bombardiert und bewaffnete Truppen des Katar-Regimes auf dem Boden eingesetzt (was erst nach dem Krieg zugegeben wurde). Sehr schnell wurde klar, dass das eigentliche Ziel der Intervention ein Regimewechsel war. Der Einsatz galt mit der Ermordung Gaddafis (gegen die Genfer Konventionen) als erfolgreich abgeschlossen. Seitdem sind Beweise zutage getreten, die willkürliche Tötungen und Massenerschießungen in großem Umfang sowohl von Gaddafi-AnhängerInnen als auch von ZivilistInnen belegen.

In ähnlicher, kaum verhohlener Weise, hatte die UN-autorisierte Intervention in der Côte d’Ivoire den Regimewechsel zum Ziel, durch den die Kontrolle über lukrative wirtschaftliche Ressourcen des Landes gesichert wurde, an denen insbesondere französische und US-amerikanische Firmen verdienen. Was diese Intervention nicht geleistet hat, ist, eine Lösung zu finden für die tiefe Spaltung der ivoirischen Gesellschaft. Sie verpasste es auch, die massiven Menschenrechtsverletzungen aufzuklären, die sowohl von Gbagbos als auch von Ouattaras Einheiten begangen wurden. In Somalia wurde jeder Versuch der Wiederherstellung des Friedens systematisch unterminiert, mit Hilfe der Militärinterventionen der Meles-Regierung in Äthiopien, die als Strohmännchen des Imperiums fungierte. Vor kurzem sind auch kenianische Truppen auf Geheiß der USA in Somalia einmarschiert, deren Waffen von der französischen Armee bereit gestellt wurden, unterstützt

2 Interessanterweise wurden „humanitäre Gründe“ auch als Rechtfertigung für die Kolonialisierung des Kongo durch König Leopold genannt (siehe Hochschild 2011).

durch unbemannte US-Drohnen. Dies führte zur Tötung vieler ZivilistInnen, unter ihnen auch Kinder.

Diese Ereignisse illustrieren die zunehmende Bereitschaft des Imperiums, militärisch einzugreifen, um sicherzustellen, dass die Regime, die ihren Interessen dienen, an der Macht bleiben. Sie repräsentieren genau das Gegenbild der Hoffnung, welche die Revolutionen hervorriefen. Sie stimmen auch überein mit der zunehmenden Bereitschaft zur Barbarei, welche die Welt in Afghanistan und Irak sowie mehr und mehr in Pakistan erlebt.

Eine Zeit der Kriege und Revolutionen

Samir Amin hat aufgezeigt, dass die gegenwärtige Krise des Kapitalismus – deren Beginn er in den 1970er Jahren mit der Abkopplung des US-Dollars vom Goldstandard sieht – Parallelen zur ersten großen Krise des industriellen Kapitalismus fast 100 Jahre vorher in den 1870er Jahren aufweist. Die Folgen der damaligen Krise waren die Kolonialisierung der Welt und die Aufteilung Afrikas in Kolonialterritorien, der Raub von Land und Ressourcen im großen Umfang, brutale Massentötungen und Völkermorde sowie die wachsende Konzentration und Zentralisierung von Kapital. In der folgenden Periode fanden der inter-imperiale Krieg von 1914-1918 statt, die Depression, die zum Aufstieg des Faschismus in Europa führte und der Ausbruch des Zweiten Weltkriegs, der Millionen das Leben kostete. In die gleiche Zeit fielen aber auch die erste erfolgreiche antikapitalistische Revolution in Russland, die erfolgreichen Bauernaufstände in China, der Aufstieg der antikolonialen Revolutionen, die Niederlage erst der Franzosen und dann der US-Amerikaner in Vietnam und die Revolution in Kuba. Die derzeitige Krise des Kapitalismus unterscheidet sich aber von der früheren im Ausmaß der beispiellosen Anhäufung und Zentralisierung von Kapital; sie wird außerdem von einer nie dagewesenen Finanzialisierung des Kapitals begleitet.

Wir sind in ein neues Zeitalter der Kriege und Revolutionen eingetreten, argumentiert Amin, eine Zeit der Barbarei und der sozialen Transformation. In Afrika haben wir die Zerstörung Somalias miterlebt, die Zerstörung der Umwelt an Orten wie dem Niger Delta, die Militärinterventionen in Libyen und der Côte d'Ivoire, um nicht die Bewaffnung der Regime zu nennen, die illegaler Weise Westsahara besetzt halten. Gleichzeitig sehen wir die Entstehung von sozialen Bewegungen zur Rückeroberung der Würde unserer Völker durch Proteste und Aufstände auf dem ganzen Kontinent. Der Ausgang all dieser Ereignisse kann nicht vorhergesagt werden. Aber es gibt Anlass zum Optimismus.

Wie geht es weiter?

Während unsere Regierungen vor den Großunternehmen und den internationalen Finanzinstitutionen niederknien und die Wünsche ihrer BürgerInnen ignorieren, wird uns die Wahlurne vorgehalten und die Beteiligung am Wahlprozess als einzige Lösung angepriesen, wo BürgerInnen lediglich eine Wahl zwischen verschiedenen Versionen derselben Kompradoren-Elite haben. Was dieser Ansatz außer Acht lässt, ist, dass die BürgerInnen nur alle vier bis fünf Jahre die Wahl haben, das Finanzkapital aber jeden Tag (tatsächlich sogar alle paar Sekunden) auf dem Aktienmarkt wählt, mit dramatischen Auswirkungen auf jeden Aspekt der Produktion, der Preise von Lebensmitteln, Benzin, Land usw. Zusammen mit dem Ruf nach demokratischen Wahlen kommt der Ruf nach „guter Regierungsführung“. Die Annahme besteht darin, dass die Masse der BürgerInnen kleinen Kindern gleicht (wie das an die Sprache des Kolonialismus erinnert!), die nicht in der Lage sind, sich selbst zu regieren, sondern jemanden brauchen, der sie führt. Das „gut“ in der „guten Regierungsführung“ bedeutet meist: gut fürs Geschäft, gut für den „Markt“ – ein Euphemismus für die Macht der Großunternehmen und des Finanzkapitals. Es ist uns nicht entgangen, dass Ben Ali, der so entschieden von seinem Volk verjagt wurde, nur ein Jahr zuvor von der Weltbank für seinen „beachtlichen Fortschritt“ im Bezug auf „gerechtes Wachstum, Armutsbekämpfung und das Erreichen guter sozialer Indikatoren“ in Tunesien gelobt wurde!

Das Afrikanische Erwachen ist eine wütende Antwort auf drei Jahrzehnte eben solcher „Regierungsführung“, die zu Verarmung und dem Verlust von Souveränität geführt haben. Die zunehmenden Aufstände in den kapitalistischen Ländern, die mit der „Occupy Wall Street“-Bewegung in Verbindung gebracht werden, sind Reaktionen auf die Aussicht, dieselbe verdorbene Medizin verabreicht zu bekommen, die der Rest von uns bereits seit Jahrzehnten schlucken muss. Was aber die *Occupy*-Bewegung auszeichnet, ist, dass sie nicht einfach gegen schlechte Politik (d.h. neoliberale Politik) protestiert, sondern den Finger in die Wunde legt und direkt auf das Finanzkapital zeigt, den Antreiber und Nutznießer der Verarmung der 99 Prozent. Und weit entfernt von „guter Regierungsführung“ hat die Bewegung einen eigenen Weg der Entscheidungsfindung etabliert – basierend auf Partizipation und Konsensbildung, d.h. einer echten Demokratisierung der Gesellschaft.

Um die Kontrolle über unser Schicksal und unsere Würde wieder zu erlangen, sollten wir nicht so sehr auf die Wahlurne konzentrieren, sondern uns die Frage nach der Demokratisierung unserer Gesellschaften stellen. Welche Prozesse brauchen wir, um jeden Aspekt unseres Lebens zu demokratisieren?

Wer entscheidet zum Beispiel, was produziert wird, wie produziert wird, von wem produziert wird, wie viel produziert wird, für wen produziert wird und was mit dem Produkt gemacht wird? Und wie entscheiden BürgerInnen, was mit dem Überschuss passiert? Das gleiche gilt für alle Sektoren: Gesundheit, Bildung, Sozialhilfe, Telekommunikation, Landwirtschaft und Abbau natürlicher Ressourcen. Selbstverständlich wären solche Entscheidungsfindungsprozesse dem Finanzkapital, den Unternehmen und den willfähigen Regierungen ein Dorn im Auge. Solange die BürgerInnen jedoch keine direkte Kontrolle und Entscheidungskraft in diesen wichtigen Themenbereichen haben, kann man nicht von Demokratie sprechen. Stattdessen sind wir mit Entscheidungsprozessen konfrontiert, die auf den gleichen alten Strukturen basieren wie die koloniale Dominanz und Kontrolle.

Wir müssen kreativ sein. Wir sollten nicht in den Supermärkten der Unternehmen, Banken und Finanzhäuser „shoppen“ gehen nach von anderen für uns vorgefertigten Lösungen. Es ist Zeit, dass wir den Mut haben, die Zukunft zu erfinden. Entweder tun wir das, oder andere erfinden unsere Zukunft für uns. Es gibt eine ganze Reihe von wichtigen Elementen in der derzeitigen Situation, die dafür sprechen, dass wir beginnen, die Welt zu schaffen, in der wir leben möchten. Erstens besteht kein Zweifel daran, dass die herrschende Klasse gerade wegen des aktuellen Ausmaßes der Finanzialisierung des Kapitals und seiner Dominanz mit einem Dilemma konfrontiert ist: Das Finanzkapital fordert weiterhin die unerbittliche Umsetzung neoliberaler Politik – aus Perspektive des Kapitals gibt es hier keine Alternative. Dabei sind es genau diese politischen Strategien, welche die derzeitige Krise überhaupt erst ausgelöst haben. Ein berühmtes Zitat von Albert Einstein fasst diese Sackgasse zusammen: „Probleme kann man niemals mit derselben Denkweise lösen, durch die sie entstanden sind.“ Tatsächlich existiert ein Ideen-Bankrott. Diese Situation eröffnet uns Möglichkeiten. In Lateinamerika versuchen die ALBA-Staaten (Bolivarische Allianz für die Völker unseres Amerikas) eine soziale, politische und ökonomische Integration zwischen den Ländern Lateinamerikas und der Karibik zu herbeizuführen, basierend auf einer Vision der Sozialfürsorge, des Tauschhandels und der gegenseitigen wirtschaftlichen Unterstützung, statt einer Handelsliberalisierung mit freien Handelsabkommen. Sie planen sogar die Etablierung eigener Währungen. In Afrika müssen wir eine ähnliche Debatte beginnen.

Zweitens ist eine der bemerkenswertesten Besonderheiten der heutigen Welt die wachsende Erkenntnis des globalen Südens über gemeinsame Erfahrungen der Enteignung. Sogar im Norden werden solche Gemeinsamkeiten langsam erkannt – wie in Wisconsin, Spanien und Griechenland. Zum ersten Mal seit vielen Jahren sehen wir ein Potential zur solidarischen Vernetzung

von Menschen, die einen gemeinsamen Kampf austragen, basierend nicht auf Wohltätigkeit oder Mitleid, sondern auf dem Erkennen einer gemeinsamen Ursache der Enteignung.

Drittens, während sich der soziale Widerstand jahrelang auf einzelne Teilbereiche konzentrierte – beispielsweise Wasser, Energie, Umwelt oder Gesundheit – ist heute die materielle Basis für eine Kooperation über Sektoren hinweg größer als jemals zuvor. Initiativen wie das Weltsozialforum, trotz all seiner Mängel, bieten eine außergewöhnliche Möglichkeit sowohl sektorenübergreifend als auch interregional solidarisch zusammenzuarbeiten.

Viertens unterliegen seit dem Zusammenbruch des Stalinismus und der Sowjetunion jene Dogmen einer Krise der Glaubwürdigkeit, die so lange ein fortschrittliches und kreatives Nachdenken über die Welt, in der wir leben wollen, eingeschränkt haben. In einer Zeit, in der neoliberale Ideologien in einer tiefen Krise sind, entstehen sowohl größere Räume für kreative Modelle als auch größere Bereitschaft, aus den Fehlern der Linken auf der internationalen Bühne zu lernen. Schließlich sind heute zwar eine Vielzahl an Kämpfen gegen jene zu führen, die Afrika ausbeuten, gleichzeitig bietet unsere Zeit auch viel mehr Möglichkeiten, um konkrete Alternativen zu den profitorientierten Motiven von Konzernen zu schaffen. Beispielsweise leisten afrikanische Bauernorganisationen Widerstand gegen so mächtige Akteure wie die Bill und Melinda Gates-Stiftung und die Rockefeller-Stiftung, die mithilfe von Oligopolen wie Monsanto „agrarchemische Ernteerträge durch multigenetische Patente vorantreiben. Das Ziel dieser Konzerne – oder wenigstens das Endergebnis – ist leicht zu sehen: die Kontrolle über Afrikas Pflanzen-Biomasse, um Superprofite für Mega-Chemie- und Samen-Konzerne zu erreichen.“ (Tandon 2011) Gleichzeitig haben Bauernorganisationen, besonders von Frauen geführte Initiativen, den Widerstand mit ihrer Kampagne „Wir sind die Lösung: Zelebrierung familiärer Landwirtschaft in Afrika“ organisiert, in der indigenes Wissen und nachhaltige Agrarmethoden gefördert werden. Diese Bewegungen haben erkannt, dass jetzt die Zeit gekommen ist, einen neuen Weg hin zu mehr Freiheit und Gerechtigkeit einzuschlagen, damit Emanzipation kein weit entfernter Traum mehr bleibt, sondern vielmehr etwas, das wir heute verwirklichen können. Der Ausgang unserer Kämpfe für Emanzipation liegt nicht in den Händen der Götter, sondern in unseren eigenen Ideen, Widerständen und Solidarität. Wir haben die Fähigkeiten, zu beeinflussen, wenn nicht sogar zu bestimmen, wie die Zukunft aussehen wird. Doch um dies zu schaffen, müssen wir den Mut haben, die Zukunft zu erfinden. Das letzte Wort möchte ich Thomas Sankara überlassen:

„Man kann fundamentale Veränderungen nicht ohne ein gewisses Maß an Wahnsinn durchführen. In diesem Fall ist es die Nichtkonformität, der Mut, alten Formeln den Rücken zu kehren, der Mut, die Zukunft zu erfinden. Wir haben die Wahnsinnigen von gestern gebraucht, um heute mit großer Klarheit zu handeln. Ich möchte einer dieser Wahnsinnigen sein.“ (Sankara 1985: 141f)

Übersetzung aus dem Englischen:
Friederike Claussen und Eric van Grasdorff

Literatur- und Quellennachweise

- Abugre, Charles (2010): „Development Aid: Robbing the Poor to Feed the Rich“. In: *Pambazuka News*, Nr. 485, 10. 6. 2010, <http://pambazuka.org/en/category/features/65096>, letzter Aufruf: 8. 11. 2011.
- AfricAvenir International (Hg.) (i.E.): *Soziale Bewegungen und afrikanische Renaissance*. Berlin.
- Amin, Samir (2011): 2011: „An Arab Springtime?“ In: *Pambazuka News*, Nr. 534, 8. 6. 2011, <http://www.pambazuka.org/en/category/features/73902>, letzter Aufruf: 28. 7. 2011.
- Amin, Samir (2010a): „Millennium Development Goals: A Critique from the South“. In: *Pambazuka News*, Nr. 498, 29. 9. 2010, <http://pambazuka.org/en/category/features/67326>, letzter Aufruf: 28. 7. 2011.
- Amin, Samir (2010b): *Ending the Crisis of Capitalism or Ending Capitalism*, Oxford.
- Bond, Patrick (2011): „Latest Fibs from World Financiers“. In: *Pambazuka News*, Nr. 529, 11. 5. 2011, <http://pambazuka.org/en/category/features/73149>, letzter Aufruf: 28. 7. 2011.
- Bond, Patrick (2005): „Dispossessing Africa’s Wealth“. In: *Pambazuka News*, Nr. 227, 27. 10. 2005, <http://www.pambazuka.org/en/category/features/30074>, letzter Aufruf: 28. 7. 2011.
- Christensen, John (2006): „Tax Justice for Africa: A New Development Struggle“. In: *Pambazuka News*, Nr. 241, 9. 2. 2006, <http://www.pambazuka.org/en/category/comment/31903>, letzter Aufruf: 28. 7. 2011.
- Dembele, Demba Moussa (2005): „Aid Dependence and the MDGs“. In: *Pambazuka News*, Nr. 220, 8. 9. 2005, <http://www.pambazuka.org/en/category/features/29376>, letzter Aufruf: 28. 7. 2011.
- Habitat (2010): *State of the World’s Cities*, Nairobi.
- Hallinan, Conn (2011): „The New Scramble for Africa“. In: *Pambazuka News*, Nr. 550, 29. 9. 2011, <http://pambazuka.org/en/category/features/76730>, letzter Aufruf: 8. 11. 2011.
- Hochschild, Adam (2011): *King Leopold’s Ghost*. London.
- Hossein-Zadeh, Ismael (2011): „Why Regime Change in Libya?“ In: *Pambazuka News*, Nr. 536, 23. 6. 2011, <http://www.pambazuka.org/en/category/features/74278>, letzter Aufruf: 28. 7. 2011.
- Manji, Firoze (1998): „The Depoliticisation of Poverty“. In: Eade, Deborah (Hg.): *Development and Rights*, Oxford.
- Manji, Firoze, & Sokari Ekine (Hg.) (2011): *African Awakening: The Emerging Revolutions*. Oxford u.a.
- Manji, Firoze; Alex Free & Cassandra Mark, C. (2011): „New Media in Africa: Tools for Liberation or Means of Subjugation“. In *New Media, Alternative Politics*, Working Paper, Nr. 2, Cambridge.
- Manji, Firoze, & Carl O’Coill (2002): „The Missionary Position: NGOs and Development in Africa“. In: *International Affairs*, Bd. 78, Nr. 3, S. 567-583.

- New York Times* (2011), <http://www.nytimes.com/2011/03/31/world/africa/31intel.html>, letzter Aufruf: 25. 10. 2011.
- Oakland Institute (2011): *Why Did the Oakland Institute Publish its Findings on Land Grabs in Africa?* <http://media.oaklandinstitute.org/why-did-oakland-institute-publish-its-findings-land-grabs-africa>, letzter Aufruf: 28. 7. 2011.
- Patnaik, Prabhat (2011): „Notes on Imperialism: Phases of Imperialism“. In: *Pambazuka News*, Nr. 512, 13. 1. 2011, <http://www.pambazuka.org/en/category/features/70060>, letzter Aufruf: 28. 7. 2011.
- Sankara, Thomas (1985): „Daring to Invent the Future: Interview with Jean-Phillippe Rapp“. In: ders.: *Thomas Sankara Speaks: The Burkina Faso Revolution 1983–1987*, New York, NY & London.
- Tandon, Yash (2011): „Kleptocratic Capitalism: Challenges of the Green Economy for Sustainable Africa“. In: *Pambazuka News*, Nr. 537, 30. 6. 2011, <http://www.pambazuka.org/en/category/features/74507>, letzter Aufruf: 28. 7. 2011.
- UNDP – United Nations Development Programme (2011): *Illicit Financial Flows from the Least Developed Countries (LDCs) 1990–2008*. Discussion Paper, <http://content.undp.org/go/cms-service/download/publication/?version=live&id=3273649>, letzter Aufruf: 14. 8. 2011.

Anschrift des Autors

Firoze Manji

fmanji@mac.com

JEP

Journal für Entwicklungspolitik



Ausgaben 2013:

- 1-2013 Sexualitäten und Körperpolitik
- 2-2013 Trading Knowledge
- 3-2013 Gutes Leben für alle
- 4-2013 Southern Africa:
20 Years Post-Apartheid

Bestellungen:

Journal für Entwicklungspolitik (JEP)
Sensengasse 3, A-1090 Wien, Fax + 43 - 1 - 317 40 15
office@mattersburgerkreis.at, www.mattersburgerkreis/jep
Einzelheft: € 11,90, Jahresabonnement: € 42,00